



Liebe Leser,
im Blauen Rundbrief der Woche informieren wir Sie fortlaufend über die aktuellen Presse- und sonstigen Mitteilungen der Alternative für Deutschland, Sachsen und aus Ihrem Kreisverband.

Inhaltsverzeichnis

Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen	4
Druckfrisch eingetroffen! Die neue Ausgabe der Blauen Post Bautzen - April 2023.....	4
KEIN WEITERES ASYLHEIM IN HOYERSWERDA – Online Petition	4
Frist zur Bewerbung als Jugendschöffen nochmals bis 30.04.2023 verlängert - Gesucht werden noch Bewerber für die Regionen Bautzen und Hoyerswerda	4
Gemeinderat Cunewalde	5
Cunewalder AfD-Gemeinderäte spenden Sitzungsgelder	5
PRESSEMITTEILUNG AfD-Fraktion der Gemeinde Malschwitz	6
Malschwitzer Haushalt 2023 wird durch eine Haushaltssperre von 920.000,00 € genehmigungsfähig – weitere nichtgeplante Zusatzkosten drohen durch die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst noch in diesem Jahr!!!	6
Internetseiten und Videokanäle im AfD-Kreisverband Bautzen	7
Termine im Kreisverband Bautzen	9
Nachrichten von und mit Karsten Hilse, MdB	10
Die Koalition bringt das nächste Enteignungsgesetz in den Bundestag ein – Rede Karsten Hilse vom 20.4.2023 im Deutschen Bundestag	10
Geplante Sanierungspflicht der EU verletzt Subsidiaritätsprinzip.....	10
Atomkraft – in der Ukraine HUI, in Deutschland PFUI!	10
Neues von der AfD Sachsen und der Fraktion im Sächsischen Landtag	11
Einladung zum Frühlings- und Familienfest der AfD Sachsen in Dresden	11
Vorsicht, Post aus Sachsen! Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 16.4.2023	11
Die Sonntagskolumne im Audio-Format	13
PRESSEMITTEILUNGEN vom 17.4.2023	13
Diplomatie statt Kampfjets über Sachsen!	13
Sicherheitsmängel in der Abschiebehaft beheben!	14



PRESSEMITTEILUNGEN vom 18.4.2023	14
AfD verhindert Asylheim: Aufnahmestopp überall!.....	14
PRESSEMITTEILUNGEN vom 19.4.2023	15
Ausbruch Abschiebehaft: Innenminister muss Konsequenzen ziehen	15
Schützt unsere Bauern vor gierigen Konzernen!	15
PRESSEMITTEILUNGEN vom 20.4.2023	16
AfD-Anfrage: Sachsen überweist 2,6 Millionen Euro Kindergeld auf ausländische Konten in nur einem Monat	16
Verbot von Gas- und Ölheizungen: Sachsen muss im Bundesrat dagegen stimmen!.....	17
Neues von der Alternative für Deutschland	17
PRESSEMITTEILUNGEN des Bundesvorstandes der Alternative für Deutschland	17
Weitere Veröffentlichungen der AfD in den sozialen Medien	18
Faeser täuscht die Öffentlichkeit mit ihren Asyl-Zahlen!	18
Statt Orden besser Anklage gegen Merkel!	19
EU-Geheimpapier: Mittelmeer-Migration steigt um 300 Prozent!	19
Neues von der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	20
PRESSEMITTEILUNGEN der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	20
Weitere Veröffentlichungen der AfD-Fraktion in den sozialen Medien	20
Migrationspolitik der Ampel gefährdet gesellschaftlichen Frieden!.....	20
Habecks Heizungsverbot muss komplett vom Tisch!.....	21
Nachrichten aus Deutschland und der Welt.....	22
Italien: Klimaaktivisten droht Einstufung als «kriminelle Vereinigung»	22
"Letzte Generation" blockiert Berlin – Autofahrer rasten aus	22
J1-Untersuchung 2.0: Was Eltern nicht erfahren sollen	22
AfD scheitert in Görlitz mit Asyl-Antrag.....	22
Auch das noch	22
Regierung plant drastisches Gesetz gegen Hass im Netz	22
JETZT SOLLEN POLLEN-ALLERGIKER DIE MASKE IM ALLTAG RETTEN	22
Neuer Berliner Queer-Beauftragter bezeichnet Frauen als „Hündinnen“	22
Video-Empfehlungen	23
Informationskanäle der AfD.....	23
Auf1 - Alternatives, unabhängiges Fernsehen	23
Radio.de – Alternatives, unabhängiges Radio aus Sachsen	23
Kommunalmandate im KV Bautzen	24



PRESSE-ARCHIV..... 24
SPENDENKONTO..... 24
KONTAKT:.....24

Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen

Druckfrisch eingetroffen! Die neue Ausgabe der Blauen Post Bautzen - April 2023



Ab sofort in unseren Büro´s und bei den Regionalgruppenleitern abholbereit. Nutzen Sie das (endlich) schöne Wetter, um den ein oder anderen Briefkasten mit unseren Nachrichten zu befüllen!

Hier der Link zum Herunterladen und online verbreiten:

<https://www.afdbautzen.de/pressearbeit/blaue-post-bautzen/>

KEIN WEITERES ASYLHEIM IN HOYERSWERDA – Online Petition

<https://www.openpetition.de/petition/online/kein-weiteres-asyllheim-in-hoyerswerda>

Sie können Ihre Unterschrift auch persönlich in unseren Büro´s leisten. Listen liegen aus!

Frist zur Bewerbung als Jugendschöffen nochmals bis 30.04.2023 verlängert - Gesucht werden noch Bewerber für die Regionen Bautzen und Hoyerswerda

Der Landkreis Bautzen sucht für die Amtsperiode 2024 bis 2028 ehrenamtliche Jugendschöffen für die Amtsgerichte Hoyerswerda, Kamenz und Bautzen.

Die Bewerbungsfrist wurde dafür nun nochmals bis zum 30.04.2023 verlängert. Insbesondere für die Regionen Bautzen und Hoyerswerda werden aktuell noch Bewerber gesucht.

Wer kann ehrenamtlicher Jugendschöffe werden?

- Bürgerinnen und Bürger, die im Landkreis Bautzen und im Bezirk des jeweiligen Amtsgerichtes wohnen und am 01.01.2024 mindesten 25 Jahre und höchsten 69 Jahre alt sind,
- deutsche Staatsangehörige, die die deutsche Sprache ausreichend beherrschen,
- Personen, die erzieherisch befähigt und in der Jugenderziehung erfahren sind.

Wer kann sich nicht bewerben?



- Personen, die zu einer Freiheitsstrafe von mehr als sechs Monaten verurteilt wurden oder gegen die ein Ermittlungsverfahren wegen einer schweren Straftat schwebt, die zum Verlust der Übernahme von Ehrenämtern führen kann,
- hauptamtlich in oder für die Justiz Tätige (Richter, Rechtsanwälte, Polizeivollzugsbeamte, Bewährungshelfer, Strafvollzugsbedienstete usw.) und Religionsdiener,
- Personen, die als hauptamtlicher oder informeller Mitarbeiter der Staatsicherheit der Deutschen Demokratischen Republik tätig waren.

Das entsprechende Bewerbungsformular sowie weitere Informationen ist unter <https://www.lkbz.de/jugendschoeffe> zu finden.

Eine Bewerbung ist bis zum 30.04.2023 möglich.

Bewerbungen an:

Landratsamt Bautzen, Jugendamt
Bahnhofstraße 9, 02625 Bautzen

Auskunft erteilt:

Landratsamt Bautzen, Jugendamt
Tel. 03591/52 51 51001

jugendhilfeplanung@lra-bautzen.de

Gemeinderat Cunewalde

Cunewalder AfD-Gemeinderäte spenden Sitzungsgelder

Die Vereinsförderung ist in Zeiten knapper Kassen schwieriger. Daher ist es beispielhaft, wenn die AfD-Fraktion im Gemeinderat Cunewalde wieder ihre Sitzungsgelder für gemeinnützige Zwecke spendet. Dieses Jahr erhält der Rassekaninchenzüchterverein S 87 Cunewalde e.V. die 500,00 Euro. Die Unterstützung wird nach Aussage der Vorsitzenden, Frau Diana Kutschke, in die allgemeinen Sanierungen (u.a. Abwasser) fließen. Auch wir sagen Danke und gratulieren dem Verein. Übrigens: Die nächste Kleintierschau steigt am 18. Juni 2023 am Vereinsheim.

Cunewalde, 17.4.2023





PRESSEMITTEILUNG AfD-Fraktion der Gemeinde Malschwitz

Malschwitzer Haushalt 2023 wird durch eine Haushaltssperre von 920.000,00 € genehmigungsfähig – weitere nichtgeplante Zusatzkosten drohen durch die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst noch in diesem Jahr!!!



Dazu erklärt Gemeinderat (Malschwitz) und Kreisrat Steffen Lehmann:

Bereits dem ersten Beschluss zur Haushaltssatzung 2023 im Januar dieses Jahres konnte ich nicht zustimmen, da in meinen Augen die Haushaltssatzung 2023 nicht genehmigungsfähig war. Die Gemeinde Malschwitz wurde von der Rechtsaufsicht des Landkreises beauftragt, mindestens 920.000,00 € an Hausmitteln zu sperren, um dem Haushalt für das Jahr 2023 eine Genehmigung aussprechen zu können. Von der Sperre betroffen ist die Anschaffung der neuen Feuerwehrfahrzeuge, die Löschwasserkisterne in Neudorf/Spree, die Feuerwehrerweiterung in Rackel, das Dubrauker Fließ und ein Teil des Tourismuskonzeptes, um nur einige größere Projekte zu nennen. Mir persönlich war die Kürzung in dieser Höhe zu gering, um in den nächsten Jahren einen sicheren Haushalt für die Gemeinde abzubilden. Meine Forderung war eine Haushaltssperre von mindestens 1.5 Mio. Euro und somit konnte ich diesem Beschluss am 28.03.2023 nicht zustimmen.

Durch Tarifverhandlungen rollen weitere ungeplante Personalkosten auf die Gemeinde zu. Im aktuellen Haushalt 2023 plante die Gemeinde Malschwitz mit einer Personalkostenerhöhung von 4%. Aktuell wurde durch die Gewerkschaft eine 8-prozentige Gehaltserhöhung, verbunden mit einer Einmalzahlung von 3.000 Euro, abgelehnt. Geht man davon aus, dass der Tarifabschluss über diesem Angebot liegt, würde das für unsere Gemeinde heute schon folgendes bedeuten: Allein die Differenz zu den 8% wären jährlich 95.000 Euro Mehrkosten im Personalbereich und die Einmalzahlung von 3.000 Euro auf die Mitarbeiter gerechnet, sind weitere zusätzliche Einmalkosten von 121.000 Euro, die durch die Gemeinde gestemmt werden müssten. Spätestens nach dem Tarifabschluss, müsste man sich den aktuellen Haushalt noch einmal gemeinsam mit dem Gemeinderat anschauen, wo man noch sparen bzw. die Einnahmen erhöhen könnte.

Aktuell lasse ich bei der Gemeinde eine theoretische Kosteneinsparung prüfen, wenn man alle kommunalen Kindertagesstätten der Gemeinde Malschwitz an freie Träger ausgliedert. Auch die damit verbunden Vor- und Nachteile einer Ausgliederung müssten dann mit angesprochen werden. Eine mir bekannte Gemeinde hat mit der Betreuung der Kindertageseinrichtung durch einen freien Träger, schon gute Erfahrungen gemacht.

Steffen Lehmann, Gemeinderat Malschwitz / Kreisrat
17.4.2023



Internetseiten und Videokanäle im AfD-Kreisverband Bautzen

Kreisverband Bautzen

www.afdbautzen.de/

www.facebook.com/AfD-Kreisverband-Bautzen-110578221607093

t.me/afdkreisverbandbautzen

www.afd-kreistagsfraktion-bautzen.de/

Karsten Hilse, MdB

www.karstenhilse.de

t.me/karstenhilsepolitiker

www.facebook.com/Karsten.Hilse.Politiker/

www.facebook.com/AfD.WKB.Bautzen

www.facebook.com/Wahlkreisb%C3%BCro-BautzenHoyerswerda-910992965679861

<https://www.youtube.com/@karstenhilse9212/videos>

Frank Peschel, MdL

www.frankpeschel.de

t.me/frankpeschel

www.facebook.com/frankpeschel.de

Timo Schreyer, MdL

www.facebook.com/Timo.Schreyer.AfD

Doreen Schwietzer, MdL

www.facebook.com/SchwietzerMdL

[instagram.com/doreenschwietzer_afd](https://www.instagram.com/doreenschwietzer_afd)

www.doreen-schwietzer.de

t.me/schwietzer

twitter.com/SchwietzerMdL

Junge Alternative Oberlausitz

[instagram.com/ja_oberlausitz](https://www.instagram.com/ja_oberlausitz)

www.facebook.com/JungeAlternativeOberlausitz

t.me/+F49gQriXPCo5OGUy

Regionalgruppe Bautzen

www.facebook.com/AfDstadt Bautzen/

www.facebook.com/AfD-Malschwitz-1795225520507800/

Regionalgruppe Hoyerswerda

<https://www.facebook.com/profile.php?id=100089078246219>

AfD Oberlausitz/Oberland

www.facebook.com/AfDOberlausitz

www.youtube.com/channel/UCX2jm-d4CT_YNkyAT6vsfFw

t.me/oliverhelbing

www.afd-cunewalde.de/



Regionalgruppe Bischofswerda

www.facebook.com/afd.bischofswerda

Regionalgruppe Kamenz

www.facebook.com/AfD-Regionalgruppe-Kamenz-217220858708004

www.afd-stadtrat-pulsnitz.de

Regionalgruppe Königsbrück

www.facebook.com/AfDKoenigsbrueck

Regionalgruppe Radeberg/Arnsdorf

www.facebook.com/groups/465255757689215/



Termine im Kreisverband Bautzen

Sa	22.04.23	9.00-11.00 Uhr	Lausitzer Platz 02977 Hoyerswerda	INFOSTAND der AfD-Regionalgruppe Hoyerswerda
Di	25.04.23	10.00-13.00 Uhr	Radeberg, Markt	INFOSTAND Timo Schreyer, MdL
Mi	26.04.23	10.00-13.00 Uhr	Bernsdorf, Markt	INFOSTAND Timo Schreyer, MdL
Do	27.04.23	19.00 Uhr	Bürgerbüro Bischofswerda Bautzener Str. 4 01877 Bischofswerda	REGIONALGRUPPENTREFFEN mit Frank Peschel
Do- Fr	27.04.- 28.04.23		Berlin	INFORMATIONSAFART nach Berlin und den Deutschen Bundestag
Mo	01.05.23	12.00 Uhr	Dresden, Schloßplatz	FRÜHLINGS- UND FAMILIENFEST der AfD Sachsen
Di	02.05.23	10.00-12.00 Uhr	Königsbrück, Markt	INFOSTAND Timo Schreyer, MdL
Di	02.05.23	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Bautzen Karl-Marx-Str. 15 02625 Bautzen	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilde, MdB
Mi	03.05.23	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Hoyerswerda Spremberger Str. 11 02977 Hoyerswerda	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilde, MdB
Mi	03.05.23	19.00 Uhr	Laußnitzer Hof Dresdner Str. 3 01936 Laußnitz	BÜRGERDIALOG mit Karsten Hilde, MdB "Wie die Altparteien unser Land zerstören ..."
Do	04.05.23	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Kamenz Klosterstr. 4 01917 Kamenz	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilde, MdB
Mo	08.05.23	10.00-16.00 Uhr	Wachau und Neukirch	INFOSTAND Timo Schreyer, MdL
Di	09.05.23	19.00 Uhr	Hotel Alter Weber Oberlausitzer Str. 13 02733 Cunewalde	VORTRAGSABEND mit Frank Peschel "Gender, Trans & Co. - Schöne neue Welt?" Referentin: Heike Ulbrich
Mi	10.05.23	10.00-13.00 Uhr	Bernsdorf, Markt	INFOSTAND Timo Schreyer, MdL
Sa	13.05.23	9.00-11.00 Uhr	Lausitzer Platz 02977 Hoyerswerda	INFOSTAND der AfD-Regionalgruppe Hoyerswerda
Di	16.05.23	10.00-12.00 Uhr	Königsbrück, Markt	INFOSTAND Timo Schreyer, MdL
Mi	17.05.23	10.00-12.00 Uhr	Wittichenau, Markt	INFOSTAND Timo Schreyer, MdL
Mi	24.05.23	15.00-17.00 Uhr	Wahlkreisbüro Schwietzer Dietrich-Bonhoeffer-Str. 7 02977 Hoyerswerda	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Doreen Schwietzer, MdL

Alle Termine finden Sie unter: <http://www.afdbautzen.de/veranstaltungshinweise/>



Nachrichten von und mit Karsten Hilse, MdB

Die Koalition bringt das nächste Enteignungsgesetz in den Bundestag ein – Rede Karsten Hilse vom 20.4.2023 im Deutschen Bundestag

<https://www.facebook.com/Karsten.Hilse.Politiker/videos/175394292077039>

Geplante Sanierungspflicht der EU verletzt Subsidiaritätsprinzip

Berlin, 19. April 2023.

Laut EU sollen Gebäude in den kommenden sieben Jahren mindestens die Energieeffizienzklasse E erreichen, bis 2033 sogar die Energieeffizienzklasse D. Die AfD-Fraktion sieht darin eine Verletzung des Subsidiaritätsprinzips. Dazu teilt der klimapolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Karsten Hilse, mit:



„Das EU-Parlament hat nach dem Subsidiaritätsprinzip nicht das Recht, über die Sanierungspflicht zu entscheiden, da diese Aufgabe auch vom nationalen Parlament wahrgenommen werden kann. Es ist nicht erwiesen, dass die Kräfte der untergeordneten Einheit dieser Aufgabe nicht gerecht werden können. Daher sehen wir von der AfD-Fraktion uns dazu verpflichtet, zu beantragen, dass der

Ausschuss für Klimaschutz und Energie Bedenken im Hinblick auf Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit erklärt, um dem Treiben der EU ein schnellstmögliches Ende zu setzen. Der Sanierungszwang, egal ob von der EU oder von der Bundesregierung initiiert, muss gestoppt werden, um Verbraucher zu entlasten, um sie nicht weiter in den Ruin zu treiben und sie letztendlich zu enteignen. Die AfD-Fraktion fordert die Absenkung der schon seit langem überzogenen Bau- und Sanierungsstandards. Das Leben im Eigenheim muss bezahlbar bleiben und die Möglichkeit, vor allem für junge Familien geschaffen werden, die eigenen vier Wände zu errichten. Das schafft soziale Stabilität für die Menschen und bindet sie an ihre Heimat.“

<https://afdbundestag.de/karsten-hilse-geplante-sanierungspflicht-der-eu-verletzt-subsidiaritaetsprinzip/>

Atomkraft – in der Ukraine HUI, in Deutschland PFUI!

Ab dem 16.4.2023 ist die Nutzung der Kernenergie in Deutschland vorerst Geschichte. So gut wie alle anderen Industrienationen nutzen sie weiterhin und intensivieren die Nutzung sogar. Für den Kinderbuchautor ist das, wie im Fall Ukraine auch vollkommen in Ordnung. Nur Deutschland muss sich den Zwangsneurosen der grünen Kommunisten unterwerfen.



<https://www.facebook.com/Karsten.Hilse.Politiker/photos/a.375131266199774/1912950139084538/>



Neues von der AfD Sachsen und der Fraktion im Sächsischen Landtag

Einladung zum Frühlings- und Familienfest der AfD Sachsen in Dresden

Liebe Mitglieder, Förderer und Freunde der AfD,

der AfD-Kreisverband Dresden lädt Sie und Euch zum traditionellen Frühlings- und Familienfest am Tag der Arbeit ein. Dieses findet am **1. Mai auf den Schloßplatz in Dresden** statt. Der AfD-Landesverband Sachsen ist in diesem Jahr mit von der Partie. Schließlich gibt es noch einen weiteren Grund zu feiern: 10 Jahre sächsische AfD!

Der offizielle **Beginn** ist ab **12 Uhr**, Mitglieder und Förderer können gern auch eine Stunde eher da sein.

Wir freuen uns auf Sie und Euch. Bis bald!

Ihr/Euer
Jörg Urban
Landesvorsitzender AfD Sachsen & André Wendt
Kreisvorsitzender AfD Dresden

Vorsicht, Post aus Sachsen!

Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 16.4.2023

Liebe Freunde, liebe Leser,

der Ausstieg aus der [Kernkraft](#) ist für Deutschland eine Tragödie. Sofern dieser Ausstieg nicht schnell revidiert wird, könnte er sich sogar zu der bisher größten Fehlentscheidung einer deutschen Regierung im 21. Jahrhundert auswachsen.

Experten rechnen in Folge des Ausstiegs mit einer nochmaligen Verteuerung des Stroms um zwölf Prozent, obwohl wir bereits jetzt den weltweit höchsten Preis haben. Das ist nicht nur für Privathaushalte eine starke Belastung. Vor allem trifft das unsere Unternehmen, die inzwischen immer häufiger aus Deutschland fliehen, weil die [Energie](#) in anderen Staaten viel, viel günstiger ist.





Ich befürchte deshalb, dass unser Land international den Anschluss verliert und schon bald weit hinterherhinken wird. Denn: Selbst bisher skeptische Nationen vollziehen heute eine „Atomwende“.

So wollte zum Beispiel Schweden ebenfalls aus der [Kernkraft](#) aussteigen. Doch inzwischen bekennt die neue Energieministerin des Landes, Ebba Busch: „Schweden ist auf Shopping-Tour für neue Atomkraftwerke.“

Ihre Begründung dafür ist einleuchtend: Der Umstieg auf umweltschonende Technologien führe zu einer Verdopplung des Stromverbrauchs und dieser Strom wiederum lässt sich derzeit ausschließlich mit der [Kernkraft](#) zuverlässig, sauber und günstig produzieren.

Die Ironie dieser Geschichte ist, dass somit eigentlich gerade die grünen Wärmepumpen- und Elektroauto-Planwirtschaftler die Zukunft der [Kernkraft](#) begeistert beklatschen müssten. Wenn weder russisches Gas fließen noch die einheimische Kohle genutzt werden soll, bleibt nur noch die [Kernkraft](#), da Wind und Sonne regelmäßig ausfallen.

Das ist keine Frage der Ideologie, sondern einfache Logik, die auch nahezu alle Länder verstanden haben, die bisher ebenfalls an der [Kernkraft](#) zweifelten. Belgien zählt zu diesen Ländern. Der dort für 2025 geplante Atomausstieg wurde abgesagt.

Die Belgier, unsere direkten Nachbarn, wollen die [Kernkraft](#) nun doch bis mindestens 2035 nutzen. Da das Kernkraftwerk Tihange nur eine Autostunde von Aachen entfernt liegt, fällt übrigens auch das gern vorgebrachte Argument der Sicherheit vor Reaktorunfällen in sich zusammen.

Aus deutscher Perspektive wäre es sicherer, moderne Kernkraftwerke an die alten Kohle-Standorte wie z.B. Boxberg in Sachsen zu bauen, anstatt sich von teilweise maroden Anlagen aus dem Ausland Strom liefern zu lassen.

Das [Kraftwerk](#) in Tihange stammt aus den 1970er-Jahren. Und ja: Genauso wie bei einigen alten Kraftwerken in Frankreich und Tschechien gab es hier gelegentlich kleine Havarien. Deshalb ist es umso wichtiger, auf die extrem sicheren Kernkraftwerke der neusten Generation zu setzen und das Recycling der radioaktiven Reststoffe zu perfektionieren.

Selbst Japan geht diesen Weg – und das wohlgerne trotz der Unfälle in Fukushima nach den schweren Erdbeben im Jahr 2011. Japan hat sich 2022 dazu entschieden, seine Stromerzeugung aus [Kernenergie](#) bis 2030 zu verdreifachen. So sieht rationale Energiepolitik aus.

Die CDU hingegen opferte die [Kernkraft](#) für einen billigen Populismus. Sie bediente 2011 nach dem Reaktorunfall in Fukushima ohne jeden Weitblick die damalige Mehrheitsmeinung, die sich inzwischen längst wieder gedreht hat. Erfreulicherweise konnten wir mittlerweile die meisten Deutschen von den Vorteilen der [Kernkraft](#) überzeugen.

Das weiß auch die Union und das versuchen insbesondere die Ministerpräsidenten Michael Kretschmer und Markus Söder abermals populistisch auszunutzen. Diese durchschaubaren Manöver sind jedoch verlogen und unglaubwürdig.

Herr Kretschmer und Herr Söder hätten in den letzten fünf Jahren in Sachsen und Bayern viel für die weitere Erforschung der [Kernkraft](#) und Kernfusion tun können. Doch was haben sie getan? Nichts.



Im Gegenteil: Statt die Kernkraft-Tradition in Dresden, Rossendorf (seit 1956) und Zittau (seit 1979) wiederzubeleben, lehnte es die untätige CDU im Landtag ab, zumindest zehn Millionen Euro pro Jahr für die Kernforschung bereitzustellen.

Auch die Chance, die Strukturwandel-Gelder für die Kernforschung einzusetzen, ließ Herr Kretschmer bis heute verstreichen. Er ist daher ein Blender, der zudem kein Problem damit hat, dieses Geld für Gender-Projekte zu verschwenden.

Wie ideologisch und wenig rational die Energiepolitik aller Altparteien von Grünen bis CDU ist, erkennt man auch daran, dass der Atomausstieg und der Ausstieg aus der Kernforschung in einer Zeit durchgesetzt werden, in der sich die Bundesrepublik in der schwerwiegendsten Energiekrise ihrer Geschichte befindet.

Die Kernkraft wird sich weltweit durchsetzen. Die Frage ist nur, ob mit oder ohne Deutschland. Die AfD wird für ein „Mit Deutschland“ kämpfen, denn ohne preiswerte und verfügbare Energie gibt es keinen Wohlstand.

Bis nächsten Sonntag,
Ihr Jörg Urban

<https://afd-fraktion-sachsen.de/nur-mit-der-kernkraft-laesst-sich-unser-wohlstand-retten/>

Die Sonntagskolumne im Audio-Format

Nur auf Telegram: <https://t.me/joergurbansachsen>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 17.4.2023

Diplomatie statt Kampfjets über Sachsen!

Mit 10.000 Teilnehmern und 220 Luftfahrzeugen ist vom 12. bis 24. Juni 2023 die größte



Verlegetübung seit Bestehen der NATO geplant. Hintergrund des Manövers ist, dass die USA 100 Flugzeuge nach Europa entsenden. Die NATO-Übung findet zu großen Teilen im Luftraum über Sachsen statt, ist einer Karte der Bundeswehr zu entnehmen.

Dazu erklärt der sächsische AfD-Fraktionsvorsitzende Jörg Urban:

„Die geplanten Luftoperationen sind ein verheerendes Signal. Denn: Diese größte Übung der NATO-Luftstreitkräfte findet vor dem Hintergrund des Ukraine-Krieges statt, in dem die NATO-Staaten längst Kriegspartei sind.“

Die Bundesregierung hilft den Amerikanern, weiter nach Osten vorzurücken. Die russische Seite kann das nur als eine weitere Aggression werten. Deutschland wird somit von den USA in die Konfrontation mit Russland getrieben.

Statt sich mit diplomatischen Mitteln um Frieden in der Ukraine zu bemühen, provoziert der Westen Russland. Diese Kriegstreiberei lehnen wir entschieden ab. Diplomatie statt Kampfjets

über Sachsen!“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/diplomatie-statt-kampfjets-ueber-sachsen/>

Sicherheitsmängel in der Abschiebehäft beheben!

Am Wochenende sind erneut zwei Algerier aus dem sächsischen Abschiebegefängnis ausgebrochen. Laut BILD seilten sich die Migranten mit Bettlaken aus einem ungesicherten Fenster ab. Bereits vor drei Jahren waren drei Nordafrikaner erfolgreich über den Zaun der Haftanstalt geklettert.

[Sebastian Wippel](#), innenpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, erklärt dazu:

„Die peinlichen Sicherheitsmängel im Abschiebegefängnis machen Sachsen zum Gespött von ganz Deutschland. Mit dem neuen CDU-Innenminister Armin Schuster hat der Dilettantismus offenbar noch zugenommen. Ein weiterer Ausbruch von abgelehnten Asylbewerbern muss nun schleunigst verhindert werden.

Für den Freistaat ist eine funktionierende Abschiebehäft wichtiger denn je: Die Zahl der ausreisepflichtigen Asylbewerber befindet sich mit 15.681 Personen auf Rekordniveau. Trotz illegalem Aufenthalt in Sachsen erhalten die [Wirtschaftsmigranten](#) dennoch hohe [Bargeld](#)-Zahlungen und kostenlosen Wohnraum. Deshalb müssen endlich alle 58 Plätze im Abschiebegefängnis belegt werden, ohne die Möglichkeit eines erneuten Ausbruchs.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/sicherheitsmaengel-in-der-abschiebehäft-beheben/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 18.4.2023

AfD verhindert Asylheim: Aufnahmestopp überall!

In Schönfeld-Weißig hat ein AfD-Antrag ein neues Asylheim mit großer überparteilicher Mehrheit verhindert. Im Landkreis Görlitz gibt es heute zum gleichen Thema einen Sonderkreistag auf Antrag der AfD.



[Jörg Urban](#), AfD-Fraktionsvorsitzender, erklärt dazu:

„Ich hoffe, das Beispiel aus Schönfeld-Weißig macht [Schule](#). Die Gemeinden sind an ihrer Belastungsgrenze und können keine weiteren Asylbewerber aufnehmen.

Wenn Herr Kretschmer glaubt, mehr Steuergeld aus Berlin sei die Lösung, dann muss ich energisch widersprechen. Dadurch wird in Sachsen der soziale Frieden und die innere Sicherheit nicht bewahrt. Ich erwarte vom CDU-Ministerpräsidenten, dass er sich endlich für den Schutz unserer Grenzen, die



Abschiebung von abgelehnten Asylbewerbern und einen flächendeckenden Aufnahmestopp einsetzt.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/afd-verhindert-asylheim-aufnahmestopp-ueberall/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 19.4.2023

Ausbruch Abschiebehaft: Innenminister muss Konsequenzen ziehen

Nach dem Ausbruch von zwei ausreisepflichtigen Asylbewerbern aus dem sächsischen Abschiebegefängnis hat CDU-Innenminister Armin Schuster keine öffentlichkeitwirksame Fahndung ausgerufen. Laut seiner Landesdirektion geht von den beiden Algeriern „keine Gefahr für die öffentliche Sicherheit aus“. Dabei wurde der Ausbrecher Mohammed bereits sechsmal verurteilt und saß u.a. wegen gefährlicher Körperverletzung und Diebstahl mit Waffen mehrere Jahre im Gefängnis.

Pikant auch: Die Behörden schlossen die Kriminellen nachts nicht mehr in ihre Zellen, sondern erlaubten ihnen, sich im Gebäude frei zu bewegen. Zudem hätte der private Wachschutz die Ausbrecher nicht einmal festhalten dürfen. Dafür wäre nur die Polizei befugt gewesen.

[Sebastian Wippel](#), innenpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, erklärt dazu:

„Nach dieser Serie von Pannen muss der Innenminister Konsequenzen ziehen. Gefährliche Kriminelle müssen schnellstens gefasst und bis zu ihrer Abschiebung sicher verwahrt werden.“

Offenbar nimmt Herr Schuster Abschiebungen überhaupt nicht ernst. Das würde auch erklären, warum das Abschiebegefängnis sehr oft weitestgehend leer steht. Dabei warten allein in Sachsen 15.681 Ausreisepflichtige auf ihre Abschiebung.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/ausbruch-abschiebehaft-innenminister-muss-konsequenzen-ziehen/>



Neues Agrargesetz der Regierung ist eine halbherzige Nummer.



Schützt unsere Bauern vor gierigen Konzernen!

Chemnitz will am Stadtrand Felder und Wiesen mit Solaranlagen bestücken. Bisher waren rein landwirtschaftlich genutzte Flächen tabu. Die Freie Presse berichtet aktuell über den Fall unter der Überschrift: „Mehr Solarkraftwerke, weniger Landwirtschaft?“

Zugleich hat die sächsische Landesregierung am 18. April ihr geplantes Agrarstrukturgesetz vorgestellt. [Jörg Dornau](#), landwirtschaftspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, ist davon enttäuscht und bezeichnet das Vorhaben als „halbherzig“. Denn: „Wir brauchen unsere Böden für die Erzeugung von regionalen Lebensmitteln. Es ist daher katastrophal, wenn die



Solarbranche landwirtschaftliche Flächen zweckentfremden darf. Hier hätte das Gesetz der Regierung ansetzen müssen.“ Für Windkraftunternehmen gelte das natürlich ebenso.

Darüber hinaus untersagt das geplante Agrarstrukturgesetz Steuertricks („Share Deals“) nicht grundsätzlich. „Die Folge wird sein, dass landwirtschaftsfernen, multinationalen Konzernen die Türen für einen weiteren Raubzug durch unser Land offenstehen und sie dafür noch nicht einmal Grunderwerbsteuer zahlen müssen. Unsere sächsischen Bauern haben gegen diese finanzstarken Konzerne keine Chance. Diese Benachteiligung muss durch das Agrarstrukturgesetz konsequent beendet werden“, betont Dornau.

Die Kaufpreise für landwirtschaftliche Flächen haben sich in Sachsen mancherorts in den letzten Jahren mehr als verdoppelt. Sie dienen Aktiengesellschaften wie Fielmann, die sich eigentlich um Brillen und Hörgeräte kümmern sollten, als Spekulationsobjekt.

<https://afd-fraktion-sachsen.de/schuetzt-unsere-bauern-vor-gierigen-konzernen/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 20.4.2023

AfD-Anfrage: Sachsen überweist 2,6 Millionen Euro Kindergeld auf ausländische Konten in nur einem Monat

Sachsen hat allein im letzten Dezember 2,63 Millionen Euro Kindergeld auf ausländische Konten gezahlt. Laut AfD-Anfrage (7/12823) waren es im Dezember 2015 noch 0,95 Millionen Euro – ein Anstieg um 177 Prozent.

[Timo Schreyer](#), AfD-Abgeordneter, erklärt dazu:

„Pro Jahr zahlen wir Sachsen mittlerweile zig Millionen Euro Kindergeld für [Kinder](#), die nicht hier leben. Der Transfer von deutschen Sozialleistungen ins Ausland muss endlich aufhören, wenn wir unsere Sozialsysteme auf Dauer erhalten wollen. Deutschland muss sich am Beispiel Österreich orientieren. Hier wird Kindergeld nur noch entsprechend der Lebenshaltungskosten im Herkunftsland gezahlt.

Zudem wissen wir nicht, wie viele der Kinder im Ausland nur auf dem Papier existieren. In Duisburg würde ein hoher Missbrauch beim Kindergeld durch Südosteuropäer festgestellt. Organisierte Banden fälschten

Arbeitsbescheinigungen und Geburtsurkunden von Kindern im großen Stil. Diese Machenschaften müssen auch von sächsischen Behörden stärker kontrolliert werden.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/afd-anfrage-sachsen-ueberweist-26-millionen-euro-kindergeld-auf-auslaendische-konten-in-nur-einem-monat/>





Verbot von Gas- und Ölheizungen: Sachsen muss im Bundesrat dagegen stimmen!

Ab nächstem Jahr soll das geplante Öl- und Gasheizungsverbot greifen. Darauf hat sich die Bundesregierung geeinigt. Zusätzlich müssen auch nach 30 Jahren Laufzeit funktionierende Öl- und Gasheizungen herausgerissen und mit erneuerbaren Energien wie der teuren Wärmepumpe ersetzt werden.



Jörg Urban, AfD-Fraktionsvorsitzender, erklärt dazu:

„Das Verbot von Öl- und Gasheizungen ist ein Anschlag auf den sozialen Frieden in Sachsen. Die Landesregierung muss dieses neue Gesetz im Bundesrat verhindern. Immerhin heizt die übergroße Mehrheit im Freistaat mit Öl und Gas. Trotz versprochener Förderung werden viele Eigenheimbesitzer den Sanierungszwang nicht bezahlen können. Neben dem Einbau einer teuren Wärmepumpe kommt oftmals eine umfangreiche Dämmung hinzu.

Noch schlimmer trifft es Millionen Mieter in Sachsen. Hier können Hausbesitzer die hohen Sanierungskosten auf die Mieter umlegen. Laut dem Verband Haus & Grund fallen bei einer 80 Quadratmeter-Wohnung Sanierungskosten von fast 30.000 Euro an. Davon muss der Mieter jährlich 2.400 Euro tragen – die monatliche Miete erhöht sich um 200 Euro!“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/verbot-von-gas-und-oelheizungen-sachsen-muss-im-bundesrat-dagegen-stimmen/>



Neues von der Alternative für Deutschland

PRESSEMITTEILUNGEN des Bundesvorstandes der Alternative für Deutschland

Alle Pressemitteilungen finden Sie hier:

<https://www.afd.de/presse/>



Weitere Veröffentlichungen der AfD in den sozialen Medien

Faeser täuscht die Öffentlichkeit mit ihren Asyl-Zahlen!

Wenn die grausame Realität der Zuwanderungspolitik für immer mehr Menschen klar erkennbar wird, dann helfen bei den etablierten Parteien offenbar nur noch Zahlenspielerereien: Innenministerin



Faeser (SPD) hat die Öffentlichkeit mit einem billigen Trick über die Zusammensetzung des Asylzustroms nach Deutschlands getäuscht. „Acht von zehn Geflüchteten kommen aus der Ukraine“, behauptete Faeser, um dann auf platteste Weise auf die Tränendrüse zu drücken: „Da kann es keine Höchstgrenzen für Menschlichkeit geben.“ Dumm nur, dass die Zahl längst veraltet ist.

Denn aktuelle Zahlen einer parlamentarischen Anfrage zeigen, dass der Anteil der Ukraine-Flüchtlinge gegenüber dem Vorjahr deutlich zurückgeht, während die Zahl der Asylbewerber aus anderen Ländern steigt. Im ersten Quartal des Jahres 2023 gab es fast genauso viele Asylanträge wie

Ukraine-Flüchtlinge, die auch ohne Asylantrag in Deutschland sofort mit der Auszahlung des sogenannten Bürgergelds rechnen können. Es kommen also nicht acht von zehn „Geflüchtete“ aus der Ukraine, sondern eher fünf von zehn.

Doch was will man von einer SPD-Ideologin wie Faeser erwarten, die es schon einmal fertigbrachte, die Abschiebung des afghanischen Vergewaltigers eines 14-jährigen Mädchens zu sabotieren? Mit dem von ihr verfochtenen „Chancen-Aufenthaltsrecht“ wird der Sozial- und Armutsmigration aus aller Welt der rote Teppich ausgerollt. Weil diese Ministerin nicht den Willen zu einer an deutschen Interessen orientierten Asylpolitik hat, unternimmt sie offenbar alles, um einen realistischen Blick auf die Zahlen und Fakten zu verhindern. Diese Ministerin und diese Ampel-Regierung stehen eben in allen Bereichen auf Kriegsfuß mit Fakten, Zahlen und Wissenschaftlichkeit!

<https://www.facebook.com/alternativefuerde/photos/a.542889462408064/6428227753874176/>



Statt Orden besser Anklage gegen Merkel!

Am 17. April 2023 soll Alt-Bundeskanzlerin Angela Merkel durch Bundespräsident Steinmeier mit der höchstmöglichen Stufe des Bundesverdienstkreuzes geehrt werden. Stephan Brandner, stellvertretender Bundessprecher der Alternative für Deutschland, wertet dies als ein völlig falsches Signal, sei es doch vor allem Angela Merkel gewesen, die für die heutige desolante Situation Deutschlands verantwortlich sei.

„Egal ob der völlig unsinnige Entschluss zum Atomausstieg, die Verwahrlosung der Infrastruktur oder die Verursachung der folgenschweren Flüchtlingspolitik: Angela Merkel hat unendlich viel Leid über Deutschland gebracht. Sie hat daneben als Verfassungsbrecherin, die auch davor nicht zurück schreckte Wahlen, deren Ausgang ihr nicht gefielen, rückgängig zu machen, von sich Reden gemacht. Angela Merkel stand nicht auf dem Boden des Grundgesetzes und hat offenbar vor allem am Ende ihrer Amtszeit die Demokratie mehr verachtet als ihr genutzt. Sie nun mit dem höchsten Orden Deutschlands auszuzeichnen, ist ein Hohn. Es braucht endlich fähige und mutige Staatsanwaltschaften, die Angela Merkel vor Gericht bringen.“

<https://www.facebook.com/stBrandner/photos/a.1769206119967250/3559982737556237>



EU-Geheimpapier: Mittelmeer-Migration steigt um 300 Prozent!

Die Migrationslage an der südlichen Grenze der Europäischen Union gerät immer mehr außer Kontrolle: Wie ein Geheimpapier aus der EU-Kommission enthüllt, hat sich der Migrationsstrom über das Mittelmeer im ersten Quartal 2023 gegenüber dem Vorjahreszeitraum verdreifacht! Vor allem in Tunesien beobachtet die EU, dass Schlepper leichtes Spiel haben. Wirksame Taten lassen die EU-Bürokraten diesen Beobachtungen freilich nicht folgen.



Nicht zuletzt die deutsche Ampel-Regierung trägt mit ihrem Verhalten dazu bei, dass alles nur noch schlimmer wird. Mit ihrem sogenannten „Chancen-Aufenthaltsrecht“ sollen ausreisepflichtige Ausländer in sechsstelliger Zahl vor der Abschiebung bewahrt werden. Selbst wenn die Migranten Straftaten begangen haben, können sie bei Strafen unterhalb von 50 Tagessätzen mit einem problemlosen Verbleib in Deutschland rechnen. Und das kann sich richtig lohnen – vor

allem nach der Einführung des sogenannten Bürgergeldes, das von Kritikern auch als „Neubürgergeld“ bezeichnet wird.

Um die EU dazu zu bringen, dass sie sich überhaupt ernsthaft um eine Beendigung der Massmigration bemüht, muss es also auch zu einer Umwälzung der Parteienlandschaften kommen – allen voran in Deutschland. Die Realitätsverweigerer und bunten Tagträumer, die seit Jahrzehnten einen Migrationsmagnet nach dem anderen erschaffen, müssen abgewählt und



politisch isoliert werden. Wer ein Europa der Sicherheit und des Wohlstands will, muss patriotische Parteien unterstützen – und das ist in Deutschland nur die AfD!

<https://www.facebook.com/alternativefuerde/photos/a.542889462408064/6424897280873890/>



Neues von der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

PRESSEMITTEILUNGEN der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Alle Pressemitteilungen finden Sie hier:

<https://afdbundestag.de/presse/>

Weitere Veröffentlichungen der AfD-Fraktion in den sozialen Medien

Migrationspolitik der Ampel gefährdet gesellschaftlichen Frieden!

Zum eskalierenden Streit zwischen Bund und Ländern über Bewältigung und Finanzierung der Migrationskrise im Vorfeld des Flüchtlingsgipfels im Mai erklärt die Fraktionsvorsitzende der AfD im Deutschen Bundestag, Alice Weidel:



„Die Ampel-Koalition gefährdet mit ihrer verantwortungslosen Migrationspolitik vorsätzlich den gesellschaftlichen Frieden. Nicht nur Länder und Kommunen, das ganze Land ist überfordert: 27 Milliarden an Steuergeld will die Regierung 2023 für die selbst verschuldete Migrationskrise ausgeben, davon allein 9,5 Milliarden für Sozialtransferleistungen nach Asylverfahren. Der größte Teil versickert absehbar in der Asyl- und Sozialindustrie. Und diese exorbitanten Milliardensummen sind laut den im Stich gelassenen Kommunen immer noch viel zu wenig. Die Kostenexplosion des Migrationsdesasters ist den deutschen Bürgern in Zeiten von Wirtschaftseinbruch und Wohlstandsverlust nicht mehr vermittelbar – und verdeutlicht einmal mehr die Notwendigkeit der von der AfD-Fraktion schon

lange geforderten Zeitenwende in der Migrationspolitik. Die Forderungen der AfD-Fraktion an die Regierung sind klar und unmissverständlich: Abgelehnte Asylbewerber, illegale Migranten, kriminelle Zuwanderer und Gefährder müssen im Zuge einer ‚Rückführungsoffensive 2023‘ konsequent in ihre Herkunftsländer zurückgeschickt werden. Die deutschen Grenzen müssen endlich wieder geschützt und die illegale Migration wirksam unterbunden werden, statt mit höheren Sozialleistungen, exzessiven Aufenthaltsversprechen und erleichterten Einbürgerungen



zusätzliche Einladungssignale auszusenden. Wenn die Regierung jetzt nicht ihre ideologiegetriebene Blockadehaltung aufgibt, setzt sie die Zukunftsfähigkeit Deutschlands endgültig aufs Spiel.“

<https://www.facebook.com/afdimbundestag/photos/a.159958374587682/1343860029530838/>

Habecks Heizungsverbot muss komplett vom Tisch!

Zur Einigung der Bundesregierung auf den Gesetzentwurf zum Verbot von Öl- und Gasheizungen erklärt die Fraktionsvorsitzende der AfD im Deutschen Bundestag [Alice Weidel](#):

„Je länger die Koalition an Habecks Entwurf zur Änderung des Gebäudeenergiegesetzes herumdoktert, desto fataler wird es für die Bürger. Mit den in Aussicht gestellten Milliardensubventionen für die Ersetzung von Öl- und Gasheizungen durch Wärmepumpen wird nichts besser. Das Gegenteil ist der Fall. Was SPD und Grüne als soziale Staffelung verharmlosen, heißt im Klartext: wer noch Rücklagen hat, wird entschädigungslos um sein Vermögen gebracht, alle anderen werden schleichend ruiniert und in die Abhängigkeit von Subventionen getrieben, die sie selbst mit ihren Steuergeldern bezahlen müssen.“



Der Fehler liegt im System. Es ist übergriffig, die Bürger zur Anschaffung von teuren und unsinnigen Stromheizungen zu zwingen, die sich unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten niemals rechnen. Das Einknicken der FDP, die sich hinter Protokollerklärungen versteckt, ist beschämend. Habecks Heizungsverbot muss komplett vom Tisch. Die Mitwirkung an diesem nie dagewesenen Enteignungsfeldzug gegen die Mittelschicht ist eine Schande für eine ehemals liberale Partei.“

Der AfD-Fraktionsvorsitzende [Tino Chrupalla](#) kommentiert:

„Das geplante Gesetz ist übergriffig und kaum umsetzbar. Sollen die Bürger, die überwiegend in Altbauten leben, nun Dächer, Decken und Böden dämmen, neue Fenster einbauen lassen und ihren Parkettboden herausreißen, um teure Fußbodenheizungen einzubauen? Mit dem Gesetz will die Ampel die Kosten ihres Wirtschaftskriegs gegen Russland der Bevölkerung aufbürden. Richtig wäre, Nord Stream zu reparieren und in Betrieb zu nehmen. Dann stünde in einem vernünftigen Energiemix reichlich günstiges Gas zur Verfügung. Im Interesse der Bürger brauchen wir freien und friedlichen Handel mit aller Welt statt Sanktionen und Embargos.“

<https://www.facebook.com/afdimbundestag/photos/a.159958374587682/1343369432913231/>



Nachrichten aus Deutschland und der Welt

Italien: Klimaaktivisten droht Einstufung als «kriminelle Vereinigung»

<https://www.upday.com/de/italien-klimaaktivisten-droht-einstufung-als-kriminelle-vereinigung>

"Letzte Generation" blockiert Berlin – Autofahrer rasten aus

https://www.t-online.de/region/berlin/id_100162950/-letzte-generation-in-berlin-protest-eskaliert-autofahrer-rasten-aus.html

J1-Untersuchung 2.0: Was Eltern nicht erfahren sollen

<https://reitschuster.de/post/j1-untersuchung-2-0-was-eltern-nicht-erfahren-sollen/>

AfD scheitert in Görlitz mit Asyl-Antrag

<https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2023/afd-scheitert-goerlitz/>

Auch das noch ...

Regierung plant drastisches Gesetz gegen Hass im Netz

<https://www.hna.de/verbraucher/cybermobbing-strafen-hilfe-gesetz-bundesregierung-account-sperre-internet-hetze-persoенliche-daten-92212237.html>

JETZT SOLLEN POLLEN-ALLERGIKER DIE MASKE IM ALLTAG RETTEN

<https://ansage.org/jetzt-sollen-pollen-allergiker-die-maske-im-alltag-retten/>

Neuer Berliner Queer-Beauftragter bezeichnet Frauen als „Hündinnen“

<https://pleiteticker.de/neuer-berliner-queer-beauftragter-bezeichnet-frauen-als-huendinnen/>



Video-Empfehlungen

Informationskanäle der AfD

Kanal der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag

<https://www.youtube.com/channel/UCVXqMg5NOK5z8dwtzqRcMNg/videos>

Kanal der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

https://www.youtube.com/channel/UC_dZp8bZipjntBGLVHm6rw/videos

Kanal von AfD Kompakt TV

<https://www.youtube.com/c/AfDKanal/videos>

Wochenendpodcast der AfD

<https://afdkompakt.de/podcast/>

AfD im EU-Parlament

<https://www.youtube.com/c/AfDimEUParlament/videos>

Auf1 - Alternatives, unabhängiges Fernsehen

<https://auf1.tv/>

Radio.de – Alternatives, unabhängiges Radio aus Sachsen

<https://www.radio.de/>



Kommunalmandate im KV Bautzen

Alle gewählten Mandatsträger des Kreisverbandes Bautzen finden Sie unter:

<http://www.afdbautzen.de/kommunalpolitik/>

PRESSE-ARCHIV

<http://www.afdbautzen.de/pressearbeit/blaue-post-bautzen/>

<http://www.afdbautzen.de/pressearbeit/blauer-rundbrief/>

SPENDENKONTO

AfD Kreisverband Bautzen
IBAN: DE 1685 0503 0002 2578 5552
BIC: OSDDDE81XXX
Ostsächsische Sparkasse

Entscheiden Sie selbst, ob ein Teil Ihrer Steuern besser als Spende beim Verein oder der Partei Ihrer Wahl aufgehoben ist oder beim Bundesfinanzminister!

VIEL SPAß BEIM LESEN UND VERBREITEN!

KONTAKT:

Büro Bautzen
Karl-Marx-Str. 15
02625 Bautzen
03591-5328336
Montag – Freitag
10.00-18.00 Uhr

Büro Hoyerswerda
Spremlinger Str. 11
02977 Hoyerswerda
03571-2096287
Montag: Geschlossen
Di/Mi: 9.00-16.00 Uhr
Do/Fr: 10.00-18.00 Uhr

Büro Kamenz
Klosterstr. 4
03578-7889108
Montag 12.00-18.00 Uhr
Dienstag 10.00-18.00 Uhr
Mittwoch 12.00-18.00 Uhr
Donnerstag 8.00-18.00 Uhr
Freitag 8.00-13.00 Uhr

www.afdbautzen.de
info@afdbautzen.de



AfD-Kreisverband Bautzen